



Anfragen: Frühlingssession 2022

Direktion Nummer	Grossrätin/Grossrat	Titel	Seite
Staatskanzlei (STA)			
13	Vanoni (Zollikofen, Grüne)	Neuer Webauftritt des Kantons Bern: Optimierungspotenzial?	3
14	Bohnenblust (Biel, FDP) (Sprecher/in) Grivel (Biel, FDP)	Minderheitenschutz für Französischsprachige im Wahlkreis Biel-Seeland: Sind die gesetzlichen Bestimmungen genügend?	4
Finanzdirektion (FIN)			
3	Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)	Ist der Regierungsrat gewillt, die Einsprachen gegen die unverhältnismässige amtliche Neubewertung der Liegenschaften, so wie in Aussicht gestellt, mit der nötigen Sorgfalt anzugehen?	5
10	Bösiger (Niederbipp, SVP)	Quellensteuerabrechnungen 2021	6
18	von Arx (Schliern b. Köniz, glp)	Bundesgerichtsentscheid zur Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke: Senkt der Regierungsrat die Einkommenssteuern von selbst?	7
Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)			
7	Reinhard (Thun, FDP)	Klassenzugang für Organisationen	8
9	von Arx (Schliern b. Köniz, glp)	Wie ist es um die Sicherheit der Berner Schulnotenverwaltungsoftware bestellt?	9
23	von Arx (Schliern b. Köniz, glp)	Fehlt es in den nächsten zehn Jahren an gymnasialem Schulraum im Raum Bern, weil dieser durch Drittangebote konkurrenziert wird?	10
Bau- und Verkehrsdirektion (BVD)			
17	Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)	Ausbau der BLS-Werkstätte in Oberburg	11
20	Flück (Interlaken, FDP)	ÖV-Abgeltungen für den Kanton Bern beim Betrieb der Grimselbahn?	12
22	Wandfluh (Kandergrund, SVP) (Sprecher/in) Zimmermann (Frutigen, SVP)	Ausbau der Kantonstrasse ins Kiental	13
26	Feuz (Bern, SVP) (Sprecher/in) Schori (Bern, SVP) Knutti (Weissenburg, SVP)	Kritische Fragen zur städtischen Parkplatzauflösungsstrategie	14

28	Binggeli (Biel, SP)	Abriß am Wydenauweg 38/40 in Biel/Bienne – Was ist die Haltung des Kantons?	15
----	---------------------	---	----

Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU)

12	Vanoni (Zollikofen, Grüne)	Toter Steinadler am Fuss einer Windturbine: Kommunikation und Zusammenhänge	16
16	Hebeisen-Christen (Münchenbuchsee, SVP)	Räumlich-strategisches Betriebskonzept Inforama	17
19	Flück (Interlaken, FDP) (Sprecher/in) Kohler (Meiringen, Grüne) Klauser (Bern, Grüne)	Kleinwasserkraftwerke in fremde Hände?	18
25	Kohli (Bern, Die Mitte) (Sprecher/in) Schindler (Bern, SP)	Schutz ausländischer Arbeitnehmer vor Ausbeutung – Bekämpfung der Schwarzarbeit	19

Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI)

1	Imboden (Bern, Grüne)	Finanzielle Unterstützung von Kindertagesstätten und Eltern während der Pandemie nötig	20
5	Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)	Warum gibt es Staatsbeiträge an Organisationen, die Wahlempfehlungen abgeben?	21
6	Imboden (Bern, Grüne)	«Optimierung Arbeitsintegration Kanton Bern (AI-BE)»: Ziele und Hintergründe?	22
21	Schneider (Biel, SVP)	Kapazitäten schaffen für die Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen	23
24	Zybach (Spiez, SP)	Dienstleistungen MEDPHONE	24

Sicherheitsdirektion (SID)

2	Imboden (Bern, Grüne)	Schikane, Fehlinformation oder pure Abschreckungspolitik gegenüber abgewiesenen Asylsuchenden in den bernischen Rückkehrzentren?	25
8	Hess (Nidau, FDP)	Einhaltung von Umweltschutzvorschriften bei Arbeitstätigkeiten von Fahrenden auf Abstellplätzen und Sanktionsmöglichkeiten bei Verstößen– Wer ist zuständig?	26

Direktion für Inneres und Justiz (DIJ)

4	Matti (Zweisimmen, Die Mitte)	Gebühren Stiftungsaufsicht	27
11	Kohler (Meiringen, Grüne) (Sprecher/in) Imboden (Bern, Grüne)	Vermögenswerte von Oligarchen im Kanton Bern	28
15	Grupp (Biel, Grüne)	SAZ Bangmatte in Ins auf der grünen Wiese?	29
27	Freudiger (Langenthal, SVP)	Untergräbt das AGR die Lösung des bernischen Gesetzgebers zur Mehrwertabgabe?	30

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 13

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Beantwortet durch: STA

Neuer Webauftritt des Kantons Bern: Optimierungspotenzial?

Seit den ersten Januartagen präsentiert sich der Kanton Bern auf seiner Website in neuem Design mit völlig veränderter Struktur. Prominent, mit Bild, wird auf der Startseite wechselnd auf ausgewählte Themen aufmerksam gemacht. Dazu kommen Stichworte, die zu aktuell besonders gefragten Themen führen, und schliesslich sind die Titel der letzten Medienmitteilungen ersichtlich. Wer auf der Startseite nach den Webseiten bestimmter Institutionen, Direktionen oder Ämter sucht, findet eine Spur davon nur mittels Anklicken des Stichworts «Über uns». Dies öffnet eine Auflistung mit folgender Reihenfolge: «Verwaltung / Dezentrale Verwaltung / Grosse Rat / Regierungsrat / Justiz / Finanzkontrolle / Datenschutzaufsichtsstelle ...» Der Grosse Rat kommt auf der Startseite nicht ständig vor; die Gesetzessammlung findet man/frau in der Rubrik «Dienstleistungen». Die Suchfunktion führt zu zahllosen, zeitlich nicht geordneten Ergebnissen; die Verlinkungen funktionieren oft nicht, führen in die Irre oder in die Leere bzw. zu Fehlermeldungen. Dies nur eine unvollständige Aufzählung von Feststellungen aus den letzten Wochen...

Aufgrund solcher Eindrücke wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Trägt der neue Web-Auftritt der Hierarchie und Bedeutung der Staatsgewalten ausreichend Rechnung?
2. Wer bestimmt, nach welchen Regeln welche Themen auf der Startseite prominent hervorgehoben werden?
3. Werden Suchfunktionen und Verlinkungen noch systematisch überprüft, so verbessert bzw. wiederhergestellt, dass sie auch nutzbar sind und dass die Ergebnisse von Suchmaschinen und früher erstellte Links auf externen Webseiten künftig wieder zum gesuchten Ziel führen?

Verteiler

- Grosse Rat
- Staatskanzlei

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 14

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Bohnenblust (Biel, FDP) (Sprecher/in)
Grivel (Biel, FDP)

Beantwortet durch: STA

Minderheitenschutz für Französischsprachige im Wahlkreis Biel-Seeland: Sind die gesetzlichen Bestimmungen genügend?

Im zweisprachigen Wahlkreis Biel-Seeland können gemäss Artikel 70 des Gesetzes über die politischen Rechte (PRG) durch die politischen Gruppierungen «nach Sprachen getrennte Wahlvorschläge» eingereicht werden. Dabei sind die Listen miteinander zu verbinden. Erreichen die «Listen der Französischsprachigen» nicht die garantierte Sitzzahl (2022 4 Sitze, 2018 3 Sitze), so wird nach Artikel 88 und 89 PRG eine Umverteilung vorgenommen.

In früheren Jahren erfolgten solche getrennten Wahlvorschläge durch die Freisinnigen (FDP/PRR) und die Sozialdemokraten (SP/PSR). Als Aufnahmekriterium für die «Welsche»-Liste galt Muttersprache Französisch bzw. im Register eingetragen für Wahlmaterial auf Französisch.

2022 erfolgten solche nach Sprachen getrennte Wahlvorschläge auch durch die SVP/UDC und ABS/DBS.

Bei einigen Personen der Liste 3 UDC ist davon auszugehen, dass es sich nicht um «französischsprachige» Personen handelt. Eine diesbezügliche Bestätigung ist zum Beispiel im Artikel des Bieler Tagblatts vom 5. März 2022 auf Seite 4 zu finden.

Es besteht daher die Gefahr, dass der Minderheitenschutz für die Französischsprachigen verletzt werden könnte.

Fragen:

1. Wer hat Anrecht, auf einer Liste der «Französischsprachigen» zu kandidieren?
2. Wird die Erfüllung der Voraussetzung kontrolliert?
3. Wird eine Anpassung der gesetzlichen Bestimmungen auch als notwendig erachtet?

Verteiler

- Grosser Rat
- Staatskanzlei

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 3

Eingereicht am: 18.02.2022

Eingereicht von: Speiser-Niess (Zweisimmen, SVP)

Beantwortet durch: FIN

Ist der Regierungsrat gewillt, die Einsprachen gegen die unverhältnismässige amtliche Neubewertung der Liegenschaften, so wie in Aussicht gestellt, mit der nötigen Sorgfalt anzugehen?

Mit der amtlichen Neubewertung der Liegenschaften im Kanton Bern (AN 2020) sind noch viele Einsprachen unerledigt.

Der unverhältnismässige Anstieg des Wertes von etlichen Liegenschaften führt zu dramatischen Ausgangslagen für Hausbesitzer, die ihre Liegenschaft in die nächste Generation überweisen wollen. Hier handelt es sich nicht um Rendite-Verkäufe, sondern um die Wahrung von Familienbesitz. Diese betroffenen Familien wollen den Ausverkauf der Heimat verhindern bzw. in ihrem Ermessensspielraum stoppen.

Folgende Aussage der Regierung veranlasst mich, dieses Thema aufzugreifen:

«Die erhobenen Einsprachen werden sorgfältig behandelt. Sollte sich dabei herausstellen, dass die festgelegten Bewertungsnormen im Einzelfall zu unrichtigen Ergebnissen führen, was bei über 700 000 zu bewertenden Grundstücken nicht ausgeschlossen werden kann, muss das korrigiert werden. Selbstverständlich steht es auch jedem Grundeigentümer und jeder Grundeigentümerin frei, die amtliche Bewertung durch die Steuerverwaltung nach abgeschlossenem Einspracheverfahren gerichtlich überprüfen zu lassen.»

Fragen:

1. Wie gedenkt die Regierung, die unerledigten Einsprachen bei der Neubewertung der Liegenschaften mit der versprochenen Sorgfalt anzugehen?
2. Ist es denkbar, bei einer Änderung des Steuergesetzes (BSG 661.11) oder des Dekrets über die allgemeine Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte (BSG 661.543) diesem Anliegen Rechnung zu tragen?
3. Was geschieht mit den unerledigten Einsprachen – auch vor dem Hintergrund der gutgeheissenen Beschwerde durch das Bundesgericht (Urteil vom 21. Dezember 2021, 2C_418/2020)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 10

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Bösiger (Niederbipp, SVP)

Beantwortet durch: FIN

Quellensteuerabrechnungen 2021

Die Quellensteuerabrechnungen werden fristgerecht (monatlich oder quartalsweise) durch die Arbeitgeber eingereicht. Bis heute 07.03.2022 wurden dazu vielen Unternehmen keine oder noch nicht alle Rechnungen für das Jahr 2021 gestellt. Dies verzögert die Buchhaltungsabschlüsse der Unternehmen massiv und schadet dem Finanzhaushalt des Kantons. Die Verzögerungen der Rechnungsstellung durch die Verwaltung werden von Jahr zu Jahr länger.

Fragen:

1. Warum verzögert sich die Rechnungsstellung derart lange?
2. Bis wann werden die Rechnungen gestellt?
3. Wie hoch ist der finanzielle Schaden für den Kanton Bern durch das verspätete Auslösen der Rechnungen durch die Verwaltung?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 18

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: von Arx (Schliern b. Köniz, glp)

Beantwortet durch: FIN

Bundesgerichtsentscheid zur Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke: Senkt der Regierungsrat die Einkommenssteuern von selbst?

Mit der Motion «Endlich verbindliche Schritte zur Senkung der Steuern für natürliche Personen»¹ von GLP-Grossrätin Franziska Schöni-Affolter wurde der Regierungsrat gegen seinen Willen beauftragt, im Rahmen der Steuergesetzrevision 2021 eine Senkung der Steuern für natürliche Personen mindestens im Umfang der Mehreinnahmen aus der Neubewertung der nichtlandwirtschaftlichen Grundstücke und Wasserkräfte vorzusehen.

Der Grosse Rat hat bei der Neubewertung festgelegt, dass der amtliche Wert im Mittel (Median) bei 70 Prozent des Verkehrswerts liegen muss. Dieser Entscheid wurde vom Bundesgericht kassiert. Somit muss der Kanton Bern eine neue Bestimmung erlassen. Diese wird, um dem Bundesgerichtsentscheid gerecht zu werden, voraussichtlich zu höheren amtlichen Werten und damit zu einem nochmals höheren Vermögenssteuerertrag beim Kanton führen.

Diese Anfrage zielt darauf ab zu erfahren, ob sich der Regierungsrat weiterhin an die erwähnte Motion hält, also den Auftrag anerkennt, auch einen in Folge des erwähnten Bundesgerichtsentscheids nochmals höheren Vermögenssteuerertrag für die Senkung des Steuertarifs für natürliche Personen und damit insbesondere der Einkommenssteuer einzusetzen.

Fragen:

1. Bis wann gedenkt der Regierungsrat, dem Grossen Rat einen neuen Entscheid vorzulegen?
2. Wird der Regierungsrat von sich aus eine Steuersenkung für natürliche Personen vorschlagen, wenn die Vorlage gemäss Frage 1 einen nochmals höheren Steuerertrag erwarten lässt?
3. Wenn nein: Betrachtet der Regierungsrat die vom Grossen Rat überwiesene Motion als erledigt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Finanzdirektion

¹ Vgl. <https://www.gr.be.ch/de/start/geschaefte/geschaefstssuche/geschaeftsdetail.html?guid=84cdcf5fefef431eb9c7e8127aec81a7>.

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 7

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Reinhard (Thun, FDP)

Beantwortet durch: BKD

Klassenzugang für Organisationen

Aus diversen Rückmeldungen und auch Informationen aus dem Internet habe ich erfahren, dass es in der Schweiz vorkommt, dass Organisationen oder Interessengruppen in Schulklassen den Zugang bekommen, ihre politischen Interessen weiterzugeben. Es gibt sogar Organisationen, die hierfür Geld bezahlen oder andere Naturalien zur Verfügung stellen. Ich habe die Information, dass z. B. die Stiftung Praktischer Umweltschutz mit ihrer Organisation «Pusch» sehr erfolgreich damit ist. Meine Fragen beziehen sich nur für die 1. bis 9. Klasse.

Fragen:

1. Begrüssst der Regierungsrat solche Klassenöffnungen für Organisationen bzw. ist dies erlaubt?
2. Welche Organisationen (Thema?) haben solche Anträge im Kanton Bern gestellt?
3. Welche Gelder bzw. Gegenleistungen wurden allenfalls entgegengenommen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 9

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: von Arx (Schliern b. Köniz, glp)

Beantwortet durch: BKD

Wie ist es um die Sicherheit der Berner Schulnotenverwaltungssoftware bestellt?

In jüngerer Vergangenheit konnte man in den Medien diverse Berichte über IT-Probleme lesen, die direkt oder indirekt einen Bezug zu staatlichen Akteuren aufwiesen. Dabei ging es manchmal um Datenlecks², die einen grossen Personenkreis betrafen, manchmal um Pannen mit Schulsoftware³. Die Berichte warfen kein gutes Licht auf die Informatikkompetenzen bzw. das IT-Sicherheitsbewusstsein der jeweiligen Akteure.

Dem Vernehmen nach musste die Berner Schulnotenverwaltungssoftware «Beurteilung 21»⁴ im Verlauf des Jahres 2021 vorübergehend vom Netz genommen und überarbeitet werden. Grund dafür sollen grobe Sicherheitsmängel gewesen sein. So sollen die Bewertungen für Unberechtigte zugänglich und auch Veränderungen möglich gewesen sein. Die Plattform soll auch zahlreiche weitere schwere Mängel bezüglich Datensicherheit und Softwareaktualität gehabt haben.

Fragen:

1. Ist es zutreffend, dass die kantonbernische Schulnotenverwaltungssoftware im Jahr 2021 wegen grosser Sicherheitsmängel vorübergehend vom Netz genommen werden musste?
2. Welche Massnahmen hat der Regierungsrat seit dann ergriffen, um die Sicherheitsmängel zu beheben (z. B. Überarbeitung der Software, Wechsel des externen IT-Dienstleisters, externe IT-Sicherheitsanalyse)?
3. Wann und wie hat der Regierungsrat die zuständigen Grossratskommissionen über die Sicherheitsmängel informiert?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

² Z. B. <https://www.republik.ch/2021/03/23/wollen-sie-wissen-womit-viola-amherd-geimpft-ist>.

³ Z. B. <https://www.derbund.ch/fehlende-it-kompetenzen-und-kein-gehoer-fuer-kritik-782756401047> und <https://www.luzernerzeitung.ch/zentralschweiz/luzern/kanton-luzern-nach-rueckzug-bei-schulsoftware-die-glp-fordert-eine-parlamentarische-untersuchungskommission-ld.2252605>.

⁴ Siehe <https://www.beurteilung.apps.be.ch/>.

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 23

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: von Arx (Schliern b. Köniz, glp)

Beantwortet durch: BKD

Fehlt es in den nächsten zehn Jahren an gymnasialem Schulraum im Raum Bern, weil dieser durch Drittangebote konkurrenziert wird?

Im Raum Bern ist in den kommenden Jahren mit erhöhtem Schulraumbedarf zu rechnen.⁵ Auch der Kanton ist deswegen gefordert, dafür zu sorgen, dass mehr Schulraum zur Verfügung gestellt wird, insbesondere für den Gymnasialunterricht. Daher wurden verschiedene Bauprojekte für Gymnasien aufgelegt, z. B. das Projekt «Sanierung und Ersatzneubau Neufeld».

Falls mit diesen Projekten dem Raumbedarf nicht im nötigen Mass begegnet werden kann und falls weitere Projekte nicht umsetzbar oder nicht finanzierbar sind (die Hochbau-Investitionen mussten bekanntlich schon priorisiert werden), stellt sich die Frage, ob weiterer Schulraum gewonnen werden kann, indem Drittangebote aus den Räumlichkeiten der Gymnasien an andere Standorte verschoben werden.

Fragen:

1. Reichen die bisher aufgelegten Bauprojekte (z. B. «Sanierung und Ersatzneubau Neufeld»), um den voraussichtlichen Raumbedarf für den Gymnasialunterricht im Raum Bern bis 2030 zu decken?
2. Welche Gymnasien im Raum Bern können, nach Umsetzung der bisher aufgelegten Bauprojekte, räumlich noch weiter ausgebaut werden?
3. Bestehen heute Drittangebote (z. B. Volksschulangebote), die während der Schulzeit in den Räumlichkeiten von Gymnasien im Raum Bern untergebracht sind und damit in Konkurrenz zu den Raumbedürfnissen für den Gymnasialunterricht stehen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bildungs- und Kulturdirektion

⁵ Vgl. «Schulraumstrategie 2030 – Upgrade 2020», <https://www.bkd.be.ch/content/dam/bkd/dokumente/de/ueber-uns/organisation/mba/publikationen/Schulraumstrategie-2030-Upgrade-2020.pdf>.

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 17

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Bossard-Jenni (Oberburg, EVP)

Beantwortet durch: BVD

Ausbau der BLS-Werkstätte in Oberburg

Am 24. März wurden Öffentlichkeit und Presse informiert, dass die BLS AG die Planung für die neue Werkstätte im Chliforst gestoppt hat und nun den Ausbau der Werkstätte Oberburg als Alternative prüft. Die Zufahrt zur heutigen BLS-Werkstätte erfolgt durch das Burgdorfer Südquartier. Die Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner gilt es frühzeitig zu erfassen und anzuhören. Die Ankündigung der BLS führte zudem zu Verzögerungen beim projektierten Radweg Oberburg-Hasle.

Fragen:

1. Wie soll das BLS-Areal in Oberburg während der allfälligen Bauphase strassenseitig erschlossen werden?
2. In welcher Form werden die Anliegen der Anwohnerinnen und Anwohner aufgenommen?
3. Wann wird dem Grossen Rat ein überarbeitetes Projekt für den Radweg Oberburg-Hasle unterbreitet?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 20

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Flück (Interlaken, FDP)

Beantwortet durch: BVD

ÖV-Abgeltungen für den Kanton Bern beim Betrieb der Grimselbahn?

Der Regierungsrat unterstützt den Bau des Grimselbahntunnels. Da die Investitionen für den Bau durch den Bund erfolgen, belastet diese Investition den Finanzhaushalt des Kanton Bern nicht direkt.

Was den Kanton Bern belasten wird, sind die ÖV-Abgeltungen, die zu bezahlen sind, falls der Tunnel gebaut und mit Regionalverkehr betrieben wird.

Fragen:

1. Wie hoch würden die ÖV-Abgeltungen für den Kanton Bern für den Bahnbetrieb sein?
2. Wie viel Geld hat der Kanton Bern bis heute für Abklärungen im Zusammenhang mit der geplanten Grimselbahn bereits ausgegeben bzw. bewilligt?
3. Würde nebst dem Bahnbetrieb auch der Busbetrieb im Sommer wie im Winter im heutigen Umfang mit Abgeltungen unterstützt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 22

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Wandfluh (Kandergrund, SVP) (Sprecher/in)
Zimmermann (Frutigen, SVP)

Beantwortet durch: BVD

Ausbau der Kantonstrasse ins Kiental

Der Kanton plant im Moment den Ausbau der Kientalstrasse. Der Ausbau der Kantonsstrasse ist für die Volkswirtschaft und insbesondere für die Forstwirtschaft in der Region von grosser Bedeutung.

Beim OIK I wurde aufgrund von geänderten Rahmenbedingungen die verschiedenen Kantonsstrassenprojekte neu priorisiert!

Fragen:

1. Wie sieht der detaillierte Terminplan für den Ausbau der Kantonsstrasse ins Kiental aus?
2. Hat die kantonale Priorisierung im Strassenbau Auswirkungen auf den Terminplan?
3. Wie weit sind die einzelne Projekte ausgearbeitet?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 26

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Feuz (Bern, SVP) (Sprecher/in)
Schori (Bern, SVP)
Knutti (Weissenburg, SVP)

Beantwortet durch: BVD

Kritische Fragen zur städtischen Parkplatzaufhebungsstrategie

Die Stadt Bern will auch aus Gründen der Erreichung der städtischen Klimaschutzziele, aber auch, weil sie zu breite E-Kehrrichtabfuhrfahrzeuge einsetzte, viele Parkplätze in den Aussenquartieren aufheben. Es wird von Seiten der Stadt auch behauptet, dass die Feuerwehr nicht mehr durchkommen könnte, obwohl dies bisher unproblematisch war; die Stadt verfügt zudem über schmalere spezielle City-Feuerwehrfahrzeuge.

Im unteren Kirchenfeld gibt es bekanntlich keine Parkeinstellhallen, auch verfügen nur wenige Liegenschaften über eine Garage. Gleichwohl sollen dort um 30 % der Laternengaragen aufgehoben werden.

Fragen:

1. Erachtet der Regierungsrat die Aufhebung massiver Parkplätze in den Aussenquartieren der Stadt Bern (z. T. Wegfall von 30 %) als in kantonalem Interesse?
2. Werden hier nicht die auf ein Auto angewiesenen Personenkreise (z. B. Leute Baugewerbe / Personen im Sicherheitsbereich, Gesundheitswesen, Schichtarbeiter etc.) aus der Stadt verdrängt?
3. Wäre es nicht wichtiger, dass die Stadt anstelle der Einhaltung der städtischen Klimaziele Fahrzeuge für die Blaulichtorganisationen und Kommunen anschafft, die auch kleine Strassen befahren können (Ein Vollbrand stösst mehr CO₂ aus als eine Einsatzfahrt mit Dieselfahrzeug!)

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 28

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Binggeli (Biel, SP)

Beantwortet durch: BVD

Abriss am Wydenauweg 38/40 in Biel/Bienne – Was ist die Haltung des Kantons?

Im August 2006 wurde das leerstehende Haus am Wydenauweg 38/40 vom Kanton Bern gekauft, da es dem nationalen Strassenprojekt A5 hätte weichen müssen (was ja jetzt obsolet ist).

Im Winter 2020/21 wurden im «Labiü», das einen Zwischennutzungsvertrag mit der Stadt Biel am Wydenauweg 38 und 40⁶ hat, Mängel beim Brandschutz festgestellt. Für deren Behebung wäre laut dem städtischen Feueraufseher eine grössere Sanierung nötig. Weil das Mieterkollektiv befürchtete, dass die Sanierung mit zu hohen Kosten geplant wird, bot es der Stadt von Anfang seine Hilfe an. Denn einerseits ist das Kollektiv vertraglich für den Unterhalt zuständig und andererseits wohnen im «Labiü» Handwerkerinnen und Handwerker, die viele der Arbeiten fachgerecht ausführen könnten. Doch es fand kein Dialog statt, und nun erhielten sie am 12. Januar dieses Jahres die Kündigung.

Nun soll das Haus so bald wie möglich abgerissen werden, obwohl nie wirklich kommuniziert wurde, was mit dem Perimeter nachher geschehen soll. Das für alle Menschen offene Haus hat eine Notschlafstelle mit sechs Schlafplätzen für Kurzzeitgäste und bietet einen grossen sozialen Mehrwert für die Stadt Biel.

Fragen:

1. Was ist die mittel- und langfristige Planung des Kantons mit diesem Grundstück?
2. Bleibt dieses Grundstück im Besitz des Kantons oder ist geplant, dieses zu verkaufen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Bau- und Verkehrsdirektion

⁶ Siehe <https://oerebview.apps.be.ch/#/d/CH373513644668>

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 12

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Vanoni (Zollikofen, Grüne)

Beantwortet durch: WEU

Toter Steinadler am Fuss einer Windturbine: Kommunikation und Zusammenhänge

Im November 2021 ist in der Nähe des Windkraftwerks auf dem Mont Crosin im Berner Jura ein toter Steinadler aufgefunden worden. Gegen Ende Januar machten zuerst BirdLife und dann verschiedene Medien den Fall publik, und das Jagdinspektorat bestätigte der «Berner Zeitung», dass der Adler vermutlich durch eine Windturbine tödlich getroffen worden sei. Die kantonalen Behörden hätten den Fall nicht selber publik gemacht, «weil nur schon im Verkehr jährlich Tausende Wildtiere ihr Leben verlören, auch geschützte Arten.» Diese Informationspraxis hat Kritik ausgelöst. In der neuesten Ausgabe des Magazins «Die Umwelt» des Bundesamts für Umwelt (BAFU) wird dargelegt, dass grosse Vögel (neben Greifvögeln auch Eulen) häufig durch Stromschläge auf bestehenden Masten und Freileitungen getötet werden.

Zur Klärung der Informationspolitik und zur Einordnung des Vorfalls wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Nach welchen Grundsätzen werden der Wildhut gemeldete und statistisch erfasste Todesfälle von geschützten Wildtieren – im Einzelfall und/oder periodisch – publik gemacht?
2. Sind dem Kanton in den letzten Jahren weitere Fälle von toten Greifvögeln, Eulen und anderen zahlenmässig besonders vulnerablen Vogelarten gemeldet worden?
3. Wie werden die dabei festgestellten Todesursachen beurteilt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 16

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Hebeisen-Christen (Münchenbuchsee, SVP)

Beantwortet durch: WEU

Räumlich-strategisches Betriebskonzept Inforama

Am 5. Juli 2019 hat der Regierungsrat Folgendes kommuniziert:

Die Landwirtschaftsschule Inforama soll ein räumlich-strategisches Betriebskonzept erhalten. Dazu gehört eine Standort-Strategie für jeden der sechs Inforama-Standorte.

Der Kanton Bern lässt von einem externen Fachbüro ein räumlich-strategisches Betriebskonzept für das Inforama erstellen, die grösste Landwirtschaftsschule der Schweiz. Auf diese Weise will der Kanton Bern sicherstellen, dass Investitionen zur richtigen Zeit am richtigen Ort erfolgen.

Zum räumlich-strategischen Betriebskonzept wird eine Standort-Strategie für jeden der sechs Inforama-Standorte gehören. Die Arbeiten beginnen in den kommenden Wochen. Bis Mitte 2020 soll ein Masterplan vorliegen.

Mittlerweile ist März 2022 und es liegt noch kein Masterplan vor.

Fragen:

1. Wann gedenkt der Regierungsrat das erarbeitete räumlich-strategische Betriebskonzept der Öffentlichkeit zu präsentieren?
2. Wieso ist der Regierungsrat mit der Erarbeitung des Masterplans derart in Verzug (mittlerweile fast zwei Jahre)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 19

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Flück (Interlaken, FDP) (Sprecher/in)
Kohler (Meiringen, Grüne)
Klauser (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: WEU

Kleinwasserkraftwerke in fremde Hände?

Die Wasserkraftwerke Augand, Sousbach und Arvigo (Bausumme gut 120 Mio.) sollen in die BKW Kleinwasserkraftwerke AG ausgegliedert werden. Ein Investor der 80 % Anteile an der neuen AG halten soll, hat wohl im Laufe des Februars sein definitives Angebot eingereicht, und die Konzernleitung wird im März über den Zuschlag entscheiden.

Fragen:

1. Müssen die Konzessionen, die der BKW erteilt wurden, auf den neuen Hauptaktionär übertragen werden?
2. Kennt der Regierungsrat den Investor? Und erfüllt dieser die notwendigen fachlichen Voraussetzungen, um den Betrieb und damit eine möglichst sichere Stromversorgung sicherzustellen?
3. Wird die Stromversorgung aus Sicht des Regierungsrates für den Kanton Bern sicherer, wenn in Zukunft Investoren mitentscheiden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 25

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Kohli (Bern, Die Mitte) (Sprecher/in)
Schindler (Bern, SP)

Beantwortet durch: WEU

Schutz ausländischer Arbeitnehmer vor Ausbeutung – Bekämpfung der Schwarzarbeit

Im Kanton Bern kontrolliert die Arbeitsmarktkontrolle Bern (AMKBE) die Arbeitsverhältnisse. Sie kontrolliert, ob die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Rahmen der flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr eingehalten werden, und bekämpft Schwarzarbeit. Immer wieder erschüttern gravierende Fälle der Ausbeutung, insbesondere in den Risikobranchen des Gast-, Bau-, Coiffeur- und Freizeitgewerbes sowie der privaten Pflegeleistungen.

Der letzte – medial bekannt gewordene – Fall Ende Januar 2022 betrifft zwei Gastlokale in der Stadt Bern, wobei die Ausbeutung übermässige Arbeitslast, geringen Lohn und unwürdige Unterbringung umfasste. Beteiligt waren gemäss Medienberichten die Arbeitsmarktkontrolle, das Lebensmittelinspektorat des Kantons Bern sowie die Fremdenpolizei und die Gewerbepolizei der Stadt Bern. Wie daraus erkennbar, bestehen in der Stadt Bern grundsätzlich genügend Ressourcen und Amtsstellen, um die Kontrollen durchzuführen.

Insbesondere in mittelgrossen Gemeinden fehlt hingegen die nötige Infrastruktur, um die Kontrollen ziel führend abzuwickeln.

Um Klarheit darüber zu erhalten, welche Branchen tatsächlich betroffen sind, wie tatsächlich im Kanton Bern und den jeweiligen Gemeinden kontrolliert wird und ob öffentliche Kennzahlen zur öffentlichen Kontrolle beitragen könnten, wird der Regierungsrat höflich gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass im ganzen Kanton und insbesondere in mittelgrossen Gemeinden des Kantons Bern regelmässig professionelle Kontrollen durchgeführt werden können?
2. Wie beurteilt der Regierungsrat die Zweckmässigkeit von regelmässigen öffentlichen Kennzahlen betreffend Anzahl und Ergebnis durchgeführter Kontrollen?
3. Welche Branchen sind von Kontrollen betroffen (in Prozenten)?

Verteiler

- Grosser Rat
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 1

Eingereicht am: 15.02.2022

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: GSI

Finanzielle Unterstützung von Kindertagesstätten und Eltern während der Pandemie nötig

Die Omikron-Welle hat die Kindertagesstätten stark getroffen. Personalausfälle, Quarantänen und vorübergehende Schliessungen waren die Folge. Dabei sind Kindertagesstätten ein zentraler Betreuungspfeiler für die Eltern und systemrelevant. Die besondere Situation hat sowohl für die Kindertagesstätten finanzielle Folgen wie auch für die Eltern, die für Betreuungsleistungen bezahlen sollen, die gar nicht mehr erbracht werden konnten.

Gemäss der Verordnung über Massnahmen zur Bewältigung der Coronavirus-Krise im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (CKKBV) vom 22.4.2020 hatte sich die GSI für zwei Monate an den Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung beteiligt und hatte den Eltern im Lockdown keine Gebühren erhoben.

Fragen:

1. Ist der Regierungsrat bereit, die Elternbeiträge während den omikronbedingten Schliessungen und Einschränkungen der Kitabetreuung zu erlassen?
2. Welche Massnahmen ergreift der Regierungsrat, um die systemrelevanten Kindertagesstätten für ihre Zusatzaufwendungen (Aushilfen etc.) zu entlasten?
3. Welche Auswirkungen hat die Coronapandemie auf die finanzielle Stabilität der Kindertagesstätten?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 5

Eingereicht am: 03.03.2022

Eingereicht von: Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)

Beantwortet durch: GSI

Warum gibt es Staatsbeiträge an Organisationen, die Wahlempfehlungen abgeben?

In einem Newsletter empfiehlt die Kantonale Behindertenkonferenz Bern (KBK) insgesamt sieben Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl in den Grossen Rat am 27. März. Die KBK erhält jährlich einen Staatsbeitrag von 250 000 Franken. Unter anderem werden gemäss Leistungsvertrag mit dem Kanton damit auch die allgemeine Medien- und Öffentlichkeitsarbeit, der Betrieb der Verbands-Website usw. finanziert.

Fragen:

1. Werden der Newsletter und die damit zusammenhängende Infrastruktur (CMS) gemäss Leistungsvereinbarung ebenfalls über den Staatsbeitrag finanziert?
2. Findet es der Regierungsrat richtig, dass Organisationen wie die KBK, die Staatsbeiträge erhalten oder wie im Falle der KBK sogar hauptsächlich von Staatsbeiträgen leben, überhaupt Wahlempfehlungen abgeben?
3. Ist die parteipolitische Neutralität von subventionierten Organisationen kein Gegenstand der kantonalen Leistungsverträge?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 6

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: GSI

«Optimierung Arbeitsintegration Kanton Bern (AI-BE)»: Ziele und Hintergründe?

Gemäss Projektauftrag wurde das Amt für Integration und Soziales (AIS) im Dezember 2020 mit der Leitung des Projekts AI-BE beauftragt: *Mit dem «strategisch bedeutsamen» Projekt AI-BE verfolgen die Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) und die Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion (WEU) des Kantons Bern gemeinsam das Ziel, die arbeitsfähigen Klientinnen und Klienten der Sozialhilfe sowie die Kundinnen und Kunden der Regionalen Arbeitsvermittlung (RAV) mit einem hohen Aussteuerungsrisiko bei ihrer raschen und nachhaltigen Integration im ersten Arbeitsmarkt zu unterstützen. Für die Zielgruppe der 16- bis 25-Jährigen steht die Ausbildung im Vordergrund.*

Gemäss Informationen sind «mehr Wettbewerb» und ein Wechsel der Finanzierung geplant. Im Detailkonzept ist eine «breite Vernehmlassung» angekündigt. Aktuell läuft eine sehr kurzfristige «Konsultation». (Publikation 25.2.22; Frist 18.3.22)

<https://www.gsi.be.ch/de/start/themen/integration/arbeitsintegration/optimierung-arbeitsintegration.html>

Anscheinend ist eine neue gesetzliche Grundlage dazu nötig, die im Rahmen des (erst kürzlich verabschiedeten) Gesetzes über die sozialen Leistungen (SLG) geschaffen werden muss.

Fragen:

1. Was sind die Ziele der «Optimierung Arbeitsintegration»?
2. Braucht die «Optimierung Arbeitsintegration» eine Revision des Gesetzes über die sozialen Leistungen (SLG)?
3. Wann findet dazu die (öffentliche) Vernehmlassung statt?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 21

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Schneider (Biel, SVP)

Beantwortet durch: GSI

Kapazitäten schaffen für die Aufnahme von Ukraine-Flüchtlingen

Der russisch-ukrainische Krieg zwingt Menschen zur Flucht Richtung Westeuropa. Für diese Leute müssen nun Aufnahmemöglichkeiten geschaffen werden.

Fragen:

1. Hat der Kanton bereits mit entsprechenden Planungen begonnen bzw. Massnahmen ergriffen?
2. Welche Massnahmen wurden ergriffen oder sind zu ergreifen, um Personen mit negativem Asyl-Entscheid schnellstmöglich in ihre Herkunftsländer zu schaffen, damit weitere Kapazitäten für Ukraine-Flüchtlinge frei werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 24

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Zybach (Spiez, SP)

Beantwortet durch: GSI

Dienstleistungen MEDPHONE

Die Notrufzentrale MEDPHONE wurde 2004 auf Initiative der Ärztesgesellschaft des Kantons Bern gegründet. Sie ist in den Kantonen Bern und Luzern aktiv und finanziert sich über Beiträge der Ärzteschaft, der Patientinnen und Patienten (kostenpflichtige Notfallnummer) sowie über Dienstleistungen für Dritte. Sie bietet der Bevölkerung rund um die Uhr kompetente Auskunft und kann den Patientinnen und Patienten die richtigen nächsten Massnahmen aufzeigen und triagiert effizient und effektiv. Allerdings müssen die Patienten pro Minute CHF 3.23 bezahlen – dies unabhängig ihrer finanziellen Möglichkeiten und auch unabhängig der Versicherungsdeckung.

Fragen:

1. Wie haben andere grosse Kantone den ärztlichen Notfalldienst geregelt bzw. wie beteiligen sie sich finanziell?
2. Ist es dem Kanton Bern ein Anliegen, eine ärztliche Notrufzentrale zu haben?
3. Unter welchen Bedingungen kann sich der Kanton Bern vorstellen, die Dienstleistungen von MEDPHONE finanziell zu unterstützen, so dass die Bevölkerung eine tiefere Kostenbeteiligung zu tragen hat?

Verteiler

- Grosser Rat
- Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 2

Eingereicht am: 14.02.2022

Eingereicht von: Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: SID

Schikane, Fehlinformation oder pure Abschreckungspolitik gegenüber abgewiesenen Asylsuchenden in den bernischen Rückkehrzentren?

Abgewiesene Flüchtlinge dürfen zwar keiner bezahlten Erwerbsarbeit nachgehen, aber Formen der Beschäftigung sind möglich. So empfiehlt denn auch die nationale Kommission zur Verhütung von Folter «sinnstiftende und alltagsstrukturierende Beschäftigungs- und Ausbildungsmöglichkeiten für alle Erwachsenen, insbesondere auch für jüngere Personen». Solche Formen sind in anderen Kantonen üblich, so in den Kanton Schaffhausen und Basel-Stadt (BZ/Bund, 11.2.22), wo abgewiesene Flüchtlingspersonen an Programmen teilnehmen, wo sie Gärtnerei- oder Hauswartungsarbeiten oder Arbeiten in der Küche wahrnehmen und für diese Einsätze mit 3 Franken pro Stunde entschädigt werden. Dies dient der Gesundheit der Betroffenen und vermindert Konflikte.

Die Realität ist, dass die Mehrheit der Betroffenen seit über einem Jahr in den Zentren leben, trotz negativem Entscheid, und von Nothilfe leben müssen.

In der Medienmitteilung der SID vom 20.1.2022 steht: «In diesen (Rückkehrzentren) wird ihnen (den Abgewiesenen) bis zum Zeitpunkt der Ausreise der Zugang zu Verpflegung, Hygieneartikeln und Kleidung ermöglicht.» [Kurzinformation aus dem Regierungsrat vom 20.01.2022](#)

Fragen:

1. Warum sind im Betreuungsauftrag an die ORS keine Tagesstrukturangebote vorgesehen?
2. Was ist gemeint mit «In diesen (Rückkehrzentren) wird ihnen (den Abgewiesenen) bis zum Zeitpunkt der Ausreise der Zugang zu Verpflegung, Hygieneartikeln und Kleidung ermöglicht.»?
3. Gibt die ORS «den Zugang zu Verpflegung, Hygieneartikeln und Kleidung» zusätzlich zu den 8 Franken Nothilfe pro Tag ab?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 8

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Hess (Nidau, FDP)

Beantwortet durch: SID

Einhaltung von Umweltschutzvorschriften bei Arbeitstätigkeiten von Fahrenden auf Abstellplätzen und Sanktionsmöglichkeiten bei Verstössen– Wer ist zuständig?

Im Kanton Bern gelten strenge Umweltschutzvorschriften. Während die Auflagen für Private, Gewerbe, Industrie, Kanton und Gemeinden Jahr für Jahr höher werden, kümmern sich Fahrende beim Ausführen von Arbeiten auf den Abstellplätzen oft nicht um solche Vorschriften. So werden Fensterläden im Freien abgelautet, das Schmutzwasser (auch von Wasch- und Spülmaschinen) und Chemikalien versickern auf dem Terrain oder werden in natürlichen Gewässern entsorgt. Auch das illegale Ablagern von Müll und/oder Bauschutt kommt regelmässig vor.

Fragen:

1. Wer ist für die Kontrolle der Einhaltung von Umweltschutzauflagen bei Arbeitstätigkeiten von Fahrenden auf den Abstellplätzen zuständig?
2. Wie können Fahrende bei Verstössen gegen Umweltschutzvorschriften zur Verantwortung gezogen werden?
3. Wer ist für die Sanktionen zuständig?

Verteiler

- Grosser Rat
- Sicherheitsdirektion

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 4

Eingereicht am: 28.02.2022

Eingereicht von: Matti (Zweisimmen, Die Mitte)

Beantwortet durch: DIJ

Gebühren Stiftungsaufsicht

Gemeinnützige Stiftungen sind verpflichtet, ihre Jahresrechnungen und Jahresberichte der Stiftungsaufsicht des Kantons Bern zur Kontrolle vorzulegen. 2019 wurden die Gebühren erhöht. Neu beträgt u. a. die Grundpauschale für Stiftungen bis 100 000 Franken anstelle von 180 neu 280 Franken (+55 %). Im Fall der hier betroffenen Stiftung (Jahresbericht eine Seite und 4 Buchungen in der Rechnung) beträgt der geschätzte Aufwand ca. 15 Minuten. Stellt man diesen Ansatz den ca. 600 Stunden jährlicher Freiwilligenarbeit gegenüber, stellt man sich die Frage, ob die Verwaltung hier angemessen handelt. Das Vorgehen bestraft die kleinen, ehrenamtlich geführten Stiftungen, die sich für den Erhalt unserer Kulturgüter einsetzen, und stellt diese vor die Frage, ob sie sich auflösen müssen.

Fragen:

1. Welche Anzahl Stiftungen betreut die Stiftungsaufsicht aktuell und welchen Prozentsatz der gesamten Anzahl Stiftungen sind Kleinststiftungen?
2. Aus welchen Überlegungen wurden die Gebühren für die Kleinststiftungen angehoben?
3. Wurde ein Erlass der Gebühr oder allenfalls ein Aussetzen der Aufsichtspflicht für Kleinststiftungen geprüft? Und welche Gefahren würde eine Aufhebung der Aufsichtspflicht bergen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 11

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Kohler (Meiringen, Grüne) (Sprecher/in)
Imboden (Bern, Grüne)

Beantwortet durch: DIJ

Vermögenswerte von Oligarchen im Kanton Bern

Die Schweiz beteiligt sich an den Sanktionen gegen russische Oligarchen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine. Dabei sollen gemäss der Sanktionsliste Vermögenswerte von rund 200 Personen in der Schweiz eingefroren werden.

Fragen:

1. Wie viele der in der Sanktionsliste aufgeführten Oligarchen haben Vermögenswerte wie Immobilien im Kanton Bern?
2. Werden diese Immobilien auch eingefroren, wenn sie über eine Briefkastenfirma nicht direkt unter dem Namen der betroffenen Oligarchen eingetragen sind?
3. Wie kann der Kanton sicherstellen, dass die Sanktionen nicht umgangen werden?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Frühlingsession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 15

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Grupp (Biel, Grüne)

Beantwortet durch: DIJ

SAZ Bangmatte in Ins auf der grünen Wiese?

Fragen:

1. Wie rechtfertigt die Regierung in der heutigen Zeit, in der ein nachhaltiger Umgang mit dem Boden zentral ist, den Bau eines Industriekomplexes auf der grünen Wiese?
2. Hat die Regierung abgeklärt, ob es nicht andernorts oder sogar in der Umgebung der neu zu schaffenden SAZ genügend Industriebrachen gibt, die sich nutzen liessen, z. B. aufgrund eines Inventars oder Verzeichnisses mit genutzten/ungenutzten, versiegelten Flächen?
3. Ins grenzt direkt an drei Kantone. Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die Angestellten im Kanton Bern bzw. in Ins wohnen und Steuern zahlen?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz

Anfragen Frühlingssession 2022

Parlamentarischer Vorstoss: Anfrage 27

Eingereicht am: 07.03.2022

Eingereicht von: Freudiger (Langenthal, SVP)

Beantwortet durch: DIJ

Untergräbt das AGR die Lösung des bernischen Gesetzgebers zur Mehrwertabgabe?

Das Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) hat am 13. Dezember 2021 einen Brief an die Berner Gemeinden verschickt. Darin wurde auf einen Aufsatz in der Zeitschrift «Raum & Umwelt 3/2021» verwiesen. Die Ausführungen basieren nach Auffassung des AGR auf «fundierten, nachvollziehbaren Abklärungen». Am Schluss hielt das AGR wortwörtlich fest: «Gemeinden, welche bislang generell auf die Abschöpfung von Planungsmehrwerten bei Auf- und Umzonungen verzichten, sind u.E. gut beraten, mit dem Erlass eines MWAR die erforderliche reglementarische Grundlage zu schaffen, damit *erhebliche* Planungsmehrwerte auch bei Auf- und Umzonungen *angemessen* abgeschöpft werden». Das geltende bernische Baugesetz lässt den Gemeinden aber just die Freiheit, auf die Erhebung von Mehrwertabgaben bei Auf- und Umzonungen generell zu verzichten (Art. 142a Abs. 2 BauG). Das bernische Verwaltungsgericht hat diese Regelung jüngst für bundesrechtskonform erachtet (VGE 2018/447 bzw. 2019/72 vom 4.3.2020, E. 4.4). Das Verhalten des AGR gibt Anlass zu folgenden Fragen:

Fragen:

1. Wurde dem Regierungsrat vor dem 13. Dezember 2021 Kenntnis darüber gegeben, dass ein Amt der Kantonsverwaltung im Rahmen eines blossen Briefes an die Gemeinden die vom bernischen Gesetzgeber gewollte und vom Verwaltungsgericht als rechtmässig bestätigte Regelung rechtlich in Zweifel zieht?
2. Weshalb – falls vor Bundesgericht ein Verfahren hängig sein sollte, in dem die Berner Regelung Streitgegenstand wäre – wird nicht der Ausgang dieses Verfahrens abgewartet, bevor bei entsprechendem Urteilsspruch rechtliche Zweifel gegen eine demokratisch beschlossene Regelung formuliert werden?
3. Wird der Regierungsrat in Zukunft bereit sein, die nötigen Schritte zu ergreifen, damit die nachgelagerte Verwaltung nicht mehr demokratisch legitimierte und von der Berner Justiz auch geschützte Gesetze in Zweifel zieht?

Verteiler

- Grosser Rat
- Direktion für Inneres und Justiz